

Übersicht Stellenplananträge für das reguläre Verfahren 2022

Id. Nr.	Kategorie	Ref.	Dienststelle	Zusammenfassung	Aufgaben lt. Arbeitsplatzbeschreibung	Antragsbegründung	Folgen bei Ablehnung des Antrags	Kategorisierung Grund / Begründung für abweichende Empfehlungen der Orga (KW, Umfang)	Bereiche
7	I	I	Personalamt	Sachgebiet 11/4 - Ausbildung, Praktikanten Personalmarketing Funktion Sachbearbeiter/-in Ausbildung Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) A11 Wertigkeit (Orga) A11 Kosten (Antrag) in € 75700 Kosten (Orga) in € 75700 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Personalmarketing inkl. Aufbau eines digitalen Ausbildungsmarketing, Personalauswahl, Personalverwaltung, Planung/Vorbereitung/Durchführung von Veranstaltungen, haushaltsrechtliche Angelegenheiten	Fallzahlensteigerung Nachwuchskräfte extern-intern-Dienstleister Tochterunternehmen: 2020: 160 Fälle für 3,5 VZA = 46 Fälle/MA 2023: 200 Fälle für 3,5 VZA = 57 Fälle/MA Durch die demografische Entwicklung und der Verrentung ist eine weitere Steigerung zu erwarten. Vorstellungsgespräche /Assessment Center: 2018: 141, aktuell: 198, auch sind rückläufige Bewerberzahlen und gestiegener Betreuungsaufwand zu verzeichnen. neue Aufgabe: Intensivierung des Ausbildungsmarketings, Aufbau eines digitalen Ausbildungsmarketings Veränderung des Qualitätsstandards: Die Nachwuchskräfte kommen mit anderen persönlichen Voraussetzungen, sodass vermehrt individuelle Maßnahmen und Betreuung notwendig sind, um weiterhin eine gute Ausbildung zu gewährleisten. Veränderung der rechtlichen Vorgaben: anzuwendende Rechtsvorschriften und Tarifverträge haben sich erweitert. (z. B. durch Einführung Erzieherausbildung TVAGD-Besonderer Teil Pflege, duale Studiengänge wie z. B. Baingenieurwesen)	Es können nicht alle Ausbildungsstellen besetzt werden. Schlechtere Betreuung der Nachwuchskräfte. Neue notwendige Projekte können nicht umgesetzt werden (Loga 3 - digitale Personalakte, laufende Aktualisierung und Umgestaltung der Karriereseite in Zusammenarbeit mit Intranet, Auffrischen der Stellenaussagen für Ausbildungsberufe).	Kategorie I: Ausbildung ist eine Pflichtaufgabe Sofortige Stellenschaffung nachvollziehbar	Wachstum
12	II	I	Amt für Informations- und Datenverarbeitung	Sachgebiet 15/1 IT-Organisation Funktion IT-Organisation/-in Umfang (Antrag) 2 Umfang (Orga) 2 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2025 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2025 Wertigkeit (Antrag) EG10 Wertigkeit (Orga) EG10 Kosten (Antrag) in € 151400 Kosten (Orga) in € 151400 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Betreuung elektronischer Verwaltungsverfahren	Betreuung von 180 verschiedener Verwaltungsfachverfahren. Tendenz steigend (z. B. Einführung bePO, multifunktionaler Mitarbeiterausweis, Office 365, Mitwirkung Social Intranet/elektronischer Rechnungsflo w usw.) Anpassung aus rechtlichen Notwendigkeiten oder Gründen der IT-Sicherheit müssen laufend erfolgen und eine schnellstmögliche Reaktionszeit gewährleistet werden. Servicequalität sollte aufrecht erhalten werden. Pro Verfahren wird eine 0,05 VZA zur Betreuung aufgewendet. Bei 180 Verfahren wären diese 9,0 VZA pro Woche. Derzeit ist das Afid mit 5,4 Plazetten in diesem Bereich ausgestellt. Der Mehraufwand der Einführung neuer Verfahren (Anforderungsanalyse, Markterkundung, Erstellung Ausschreibungsunterlagen, Planungen der Software Einführung sowie Schulungen) sind noch nicht mit berücksichtigt.	Überlassung der verbleibenden Mitarbeiter. Keine Vertretung im Urlaubs- und Krankheitsfall. Längfristige Ausfälle von elektronischen Verwaltungsverfahren zu befürchten. Umsetzung neuer IT-Projekte verzögert sich erheblich. Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen in Gefahr.	Kategorie II: freiwillige Aufgabe Sofortige Stellenschaffung nachvollziehbar Es wird ein KW-Vermerk bis 31.12.2025 empfohlen, da es sich um befristete Projekte handelt	Digitalisierung und IT
14	I	I	Organisations- und Personalentwicklung	Sachgebiet 16/1 - Organisation Funktion Sachbearbeiter/-in Organisation Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) EG10/A11 Wertigkeit (Orga) EG10/A11 Kosten (Antrag) in € 37850 Kosten (Orga) in € 37850 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Beantragung neuer Planstellen, Personalbemessung, Bewirtschaftung des Stellenplans, Stellenbewertungen, Geschäfts- und Aufgabenverteilung, Begleitung und Umsetzung von externen Organisationsuntersuchungen	neue Aufgabe: dauerhafte Stellvertretung der Sachgebietleitung: Bisher war lediglich eine Abwesenheitsvertretung der Sachgebietleitung vorgesehen. Das Thema Stellenplan gewinnt jedoch immer mehr Brisanz. Veränderung des Qualitätsstandards: Ausbau Personalbemessung, Begleitung und Umsetzung von Organisationsprojekten und -vorhaben sonstige Gründe: Mehraufwand im Bereich der Key-User Tätigkeiten zum Personalmanagementprogramm LOGA aufgrund der Umstellung von LOGA classic auf LOGA web.	Die genannten Maßnahmen können nicht umgesetzt werden oder beim Bestandspersonal müssen dafür Aufgaben zurückgestellt werden oder gestrichen werden. Beispiele hierfür sind: externe Vergabe von Bewertungen, Reaktionszeit auf Anfragen der Ämter steigen, Qualität muss weiter reduziert werden (auch beim Stellenplan), Mitwirkung an Orga-Projekten und -vorhaben kann nicht oder nur in sehr geringem Umfang erfolgen. Die Betreuung der Tochter muss eingestellt werden.	Kategorie I: Die Bewirtschaftung des Stellenplans stellt eine Pflichtaufgabe dar Sofortige Stellenschaffung nachvollziehbar	Wachstum
17	I	II	Kämmerei	Sachgebiet Anteileitung Funktion Fachbetreuung Finanzverfahren Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) EG 10 Wertigkeit (Orga) EG 10 Kosten (Antrag) in € 75700 Kosten (Orga) in € 75700 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Anwenderbetreuung DATEV/OK.FIS/EREB (40%), u.a. Hausansprechpartner und Anwenderbetreuer für DATEV, Systementwicklung und -betreuung (40%), Zugriffsschutzverwaltung, Verwaltung Softwarezertifikate, Fehlerbehebungen und -meldungen, Anbindung von Fachverfahren an DATEV sonstiges (20%) stellv. IT-Ansprechpartner der Kämmerei, Vertretung Planstelle 20015, Begleitung bei Digitalisierung von Prozessen	Anzahl an zu betreuenden Zertifikaten steigt stark an: abhängig von der Ausgestaltung bis 700 Stk. Hausansprechpartner und Anwenderbetreuer für DATEV, Finanzverfahren (bspw. OWIP, LOGA, ELFRID) neu hinzugekommen: EREB, DATEV seit 2021, JEDOX; umfasst Benutzerbetreuung, Rechtekonzeption, Verfahrenskennnisse, im Zuge der Digitalisierung; immer mehr Fachverfahren über Schnittstellen an das Finanzverfahren angebunden; OK.FINneo (Beginn mit EREB im IV. Quartal 2021, Abschlussdatum nicht bekannt) Anwenderanfragen derzeit ca. 1.150 Stk. pro Jahr; mBz: 45 Minuten; mit Einführung OK.FINN hat sich diese Anzahl zunächst mehr als verdoppelt Betreuung von derzeit ca. 900 Anwendern (OK.FIS), 25 (DATEV), 80 (Jedox), ca. 45 (EREB, Tendenz steigend); Einführung von Datev und OK.FINneo (technisch, Schulungsanfragen), Einführung DMS Schaffung von Redundanzen innerhalb der Kämmerei im Bereich technische Anwendungen; aufgrund Digitalisierung; Einbindung des IT-Ansprechpartners im Amt selbst verstärkt	* massive technische Einschränkungen innerhalb der gesamten Verwaltung bei Finanzfachverfahren, erhebliche finanzielle Risiken für Stadt (Forderungen der Stadt, Zahlungspflichten der Stadt), wenn Fachprogramme nicht oder nicht ausreichend betreut sind; * Überlastung des quantitativ stark belasteten Stelleninhaber, dessen Ausfall nicht durch Kollegen abgedeckt werden kann * bei fehlender Begleitung der Einführung neuer Fachanwendungen kann der ordnungsgemäße Jahresabschluss, unterjährige Begleitung und Wirtschaftsprüfung des ORB Kulturamt, sowie die Gesamt-Haushaltsaufstellung kann dann nicht sichergestellt werden.	Kategorie I: Pflichtaufgabe, Bedarf grundsätzlich nachvollziehbar. Aufgrund der laufenden Orga-Untersuchung inkl. Personalbemessung wird die Stelle jedoch mit einem Sperrvermerk versehen. Besetzung erfolgt ggf. erst nach Vorlage des Bemessungsergebnisses.	Digitalisierung und IT
18	I	II	Kämmerei	Sachgebiet 20/1 Finanzwirtschaft Funktion Haushaltsrechtliche Bearbeitung optimierter Regiebetriebe/e sowie Sachbearbeitung in allgemeinen Haushaltswesen Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) A 11 Wertigkeit (Orga) A 10 Kosten (Antrag) in € 75700 Kosten (Orga) in € 75700 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	optimierter Regiebetrieb (30%) Aufstellung-, Ausführungs- sowie Jahresabschlussarbeiten der optimierten Regiebetriebe, Durchführung Jahresabschlussarbeiten in Eigenverantwortung; Aufstellung der Haushalts- und Nachtragshaushaltspläne (25%) Erstellung und Übermittlung der Planungsdateien für Vermögenshaushalt, Haushaltsausführung und Bewirtschaftung sowie vorläufige Haushaltsausführung (30%), Beratung in Fachbereichen für Haushaltsfragestellungen, Bearbeitung Anträge auf neue Haushaltsstellen; Haushaltsabschluss und Rechenschaftsbericht (15%), Haushaltsstellen eigenständig auf Übersetzung zu überprüfen, Haushaltsausgabereise auf Plausibilität zu überprüfen	*aktuell sind bis zu 12.200 Haushaltsstellen sowie 9 Referate durch die Kämmerei zu betreuen; jährlich kommen bis zu 1.000 Haushaltsstellen hinzu/(2016: 6.167 Stk., 2022: 12.208 - momentaner Stand ohne zusätzlich dazukommender außerplanmäßiger Haushaltsstellen);wg. § 2b USIG, gesetzlicher Änderungen bzw. Hinweisen des Landratsamtes für Statistik und Städtedatag; enormer Anstieg in nächsten Zeit *Anstieg der Buchungstellen (2016 9.467 Stk., 2022 18.212 Stk.); mit § 2b USIG starker Anstieg der Buchungstellen (2017: ÜPL/APL: 129; finanz. Genehmigungen 197 - 2021 ÜPL/APL 222; finanz. Genehmigungen 227), sowie Anstieg des Haushaltsvolumen seit 2017 von 556,8 Mio € auf 703,8 Mio € * Optimierter Regiebetrieb "Kulturamt" ist als Sondervermögen zu führen. Es gelten die Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung, Regiebetrieb mit kaufmännischem Rechnungswesen, operative Buchhaltung erfolgt im Kulturamt, umfangreiche Anzahl von Konten-Kostenstellen-Kombinationen (vergleichbar mit den Haushaltsstellen) einzurichten, im Nachgang zu pflegen und Kontrolle * kurzfristig muss ein neues Wissens- und Kompetenzgebiet mit zahlreichen rechtlichen Grundlagen erschlossen werden * diese zusätzlichen bzw. neuen Aufgaben können nicht mehr durch das bestehende Personal "nebenbei" erledigt werden.	Jahresabschluss, unterjährige Begleitung und Wirtschaftsprüfung der ORB Kulturamt können dann nicht sichergestellt werden. Für die Gesamt-Haushaltsaufstellung (u.a. auf Umsetzung des § 2b USIG) kann die Einhaltung des vorgesehenen Zeitplans nicht sichergestellt werden. Ohne entsprechende Ressource kann keine Verantwortung für die korrekte Abwicklung des ORB übernommen werden.	Kategorie I: Pflichtaufgabe, Bedarf grundsätzlich nachvollziehbar. Aufgrund der laufenden Orga-Untersuchung inkl. Personalbemessung wird die Stelle jedoch mit einem Sperrvermerk versehen. Besetzung erfolgt ggf. erst nach Vorlage des Bemessungsergebnisses.	Wachstum
22	I	III	Rechtsamt	Sachgebiet 30/1 Recht und Ständesamtsaufsicht Funktion Juristische Sachbearbeitung Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) EG 13 Wertigkeit (Orga) EG 13 Kosten (Antrag) in € 103800 Kosten (Orga) in € 103800 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 30000 Art der Einnahme (-)	-Allgemeines (5%): rechtliche Betreuung, Prozessführung für alle städtischen Referate - Rechtsberatung, Fortbildung für die Rechtsberatung (70%) - Prozessführung (15%) - Verwaltungsaufgaben und Ausbildung (10%)	-Fallzahlensteigerung: Rechtsberatung: 2018: 1.227, 2019: 1.669, 2020: 2.234, 2021: 2.076 Gerichtsverfahren: 2018: 186, 2019: 104, 2020: 91, 2021: 99 neue Aufgabe: gesteigerter Beratungsbedarf des Beteiligungsmanagements und städtischen Unternehmen -Veränderung des Qualitätsstandards: juristische Aufarbeitung von Verfahren des Umweltamtes -Veränderung rechtlicher Vorgaben: gesamte Umweltrecht unterliegt ständigen Änderungen; viele Anforderungen wurden verschärft, bei deren mangelhafter Anwendung ein Verfahren aus formalen Gründen scheitern kann -sonstige Gründe: im Rechtsamt gibt es derzeit keine Juristin/Juristen mit vertieften Kenntnissen und Erfahrungen im Umwelt- und Unternehmensrecht	-keine gerichtsfeste Beratung möglich -Niedriger vor Gericht -hohe Kosten durch externe Vergaben von Anwaltsleistungen -Verstöße, insbesondere gegen umweltrechtliche Regelungen, können strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen (vergleiche §§224 ff. StGB)	Kategorie I: pflichtige Aufgabe, denn im Umweltamt werden in allen Fachbereichen gesetzliche Pflichtaufgaben als untere staatliche Behörden wahrgenommen gemäß UVPG, UIG, UmweltHG, USchG, Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz Art. 20 Abs. 1, Abs. 3 GG, plausibel begründet, sofortige Stellenschaffung nachvollziehbar	Wachstum

Tit. Nr.	Kategorie	Ref.	Dienststelle	Zusammenfassung	Aufgaben lt. Arbeitsplatzbeschreibung	Antragsbegründung	Folgen bei Ablehnung des Antrags	Kategorisierungsgrund / Begründung für abweichende Empfehlungen der Orga (KW, Umfang)	Bereiche
24	I	III	Bürgeramt	Sachgebiet 33/3 SB Staatsangehörigkeitsrecht und Wahlen Funktion SB Staatsangehörigkeitsrecht, Namensänderung Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) A 9 / EG 9a Wertigkeit (Orga) A 9 / EG 9a Kosten (Antrag) in € 66750 Kosten (Orga) in € 66750 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	-Einbürgerungen (69%) -Entscheidung über Hinnahme von Mehrstaatigkeit (8%) -Ermittliche und nichtermittliche Staatsangehörigkeitsfeststellungsverfahren (7%) -allgemein (7%): Ausstellen und Einziehen von Staatsangehörigkeitskunden, Überprüfung der Echtheit von in- und ausländischen Staatsangehörigkeitskunden -öffentlich-rechtliche Namensänderungen (6%) -Prüfung Erklärungsversuch (2%) -Anträge auf Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit (1%)	-Fallzahlensteigerung Einbürgerungen: Jahreszahl: Beratungsgespräche / Anträge / Genehmigungen 2020: 712 / 449 / 408, 2021: 945 / 694 / 504 -neue Aufgabe: 4. Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 12.08.2021: Erwerb deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung für Personen, die in Vergangenheit aufgrund geschlechtsspezifischer Ungleichbehandlungen vom Abstammungserwerb ausgeschlossen waren -Veränderung rechtlicher Vorgaben: weitere sehr starken Zunahme der Einbürgerungsanträge aufgrund vorgesehener Einbürgerungsvereinfachungen im Koalitionsvertrag (z.B. niedrigeres Niveau bei Kenntnissen deutschen Sprache, Verzicht auf Aufgabe Staatsangehörigkeit) -sonstige Gründe: deutlicher Mehraufwand aufgrund hohen Anteils an Flüchtlingen, stark steigender Expertenbedarf durch Meldebehörde, Mehraufwand durch online-Beantragung der Einbürgerung über BayernPortal, starker Anstieg der eingehenden Anfragen seit circa einem Jahr -> Bedarf von einer 1,0 VZA wurde nachgewiesen	-"Abwanderung" der qualifizierten Mitarbeiter -Unfallrisikoklagen -Extremes Wartezeiten bei der Terminvergabe -Schleppende Verfahren -Nachlassende Qualität der Sachbearbeitung -Nachlassende Kommunikation mit anderen Dienststellen (z.B. Meldebehörde, Polizei und Verfassungsschutz)	Kategorie I: gesetzliche Pflichtaufgabe Einbürgerungen durchzuführen gemäß Staatsangehörigkeitsgesetz, Einbürgerungsvorschriften §§ 8-16 Staatsangehörigkeitsgesetz, § 3 Namensänderungsgesetz, plausibel begründet, sofortige Stellenschaffung nachvollziehbar	Bürgersevice
25	I	III	Straßenverkehrsamt	Sachgebiet 36/2 - Führerscheinstelle Funktion Sachbearbeitung Führerscheinumtausch Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) 31.12.2026 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2026 Wertigkeit (Antrag) EG 6 Wertigkeit (Orga) EG 6 Kosten (Antrag) in € 54700 Kosten (Orga) in € 54700 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 80000 Art der Einnahme Gebühren Führerscheinpflichtumtausch	Sachbearbeitung Führerscheinstelle mit Schwerpunkt Umtausch hier: Zurarbeit im Backoffice	-Verlängerung von ca. 8.000 Führerscheinen pro Jahr -Stand 03.03.2022: von in Ingolstadt zu erwartenden 7.000 Führerscheinwechseln wurden bisher lediglich rund 2.500 realisiert; vermutlich mangels wirksamer Sanktionsmöglichkeiten (10 Euro Verwarnung) -mittlere Bearbeitungszeit: 35 Minuten -Tätigkeit / Fallzahlen 2019 / Fallzahlen 2020 / Fallzahlen 2021: Ertelung Führerscheine / 5.179 / 4.262 / 6.239 Internationale Führerscheine / 1.176 / 307 / 245 Eignungsüberprüfung Inhaber / 1.130 / 1.172 / 1.085 Überprüfung BF 17 Begleitperson / 1.242 / 1.250 / 1.129 Schlüsselzahl "95" Weiterbildungen / 503 / 202 / 276 -Entwicklung persönlicher Vorgesprächen in Führerscheinstelle gesamt (Wartemarke und Online Termin): 2019: 14.176, 2020: 8.247, 2021: 10.452 -> Bedarf von einer 1,0 VZA wurde nachgewiesen	-längere Bearbeitungs- und Wartezeiten -Umtauschfristen können ggf. nicht eingehalten werden -schlechtere Erreichbarkeit -Abnahme der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit -erhöhtes Beschwerdeaufkommen	Kategorie I: pflichtige Aufgabe: Führerscheinumtausch gemäß § 3 EU Führerscheinrichtlinie, Fahrerlaubnis-Verordnung, Straßenverkehrsgesetz; plausibel begründet, sofortige Stellenschaffung nachvollziehbar	Bürgersevice
30	I	III	Amt für Brand- und Katastrophenschutz	Sachgebiet 37/1 Einsatzvorbereitung Funktion Sachbereichsleiter Rettungs- + Sanitätsdienst Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) A 11 Wertigkeit (Orga) Stelle muss noch bewertet werden Kosten (Antrag) in € 75700 Kosten (Orga) in € 75700 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	-Einsatzleiter Inspektionsdienst (35%) -Planung, Kontrolle und Überwachung des Medikamentenmanagement und Umsetzung gesetzlicher Vorgaben (15%) -Planung, Kontrolle, Durchführung und Lagerlogistik von Gerät und Material im Bereich Rettungsdienst, Sanitätsdienst, Corona-Pandemie -Planung, Durchführung und Kontrolle für Aus- und Fortbildungen im Rettungs- sowie Sanitätsdienst (10%) -Erstellen und aktualisieren von SOP/Algorithmen für Notfallmedizinischen Bereich des Rettungswagens in der Spitzenabdeckung (10%) -Planung, Durchführung und Kontrolle von Arbeitshygiene in den Bereichen Arbeitsplatz und Rettungsdienst (5%) -Administrative Tätigkeiten und Kontrolle des ZAST Portals für Abrechnung Einsätze (5%) -Kontingenzführer der Katastrophenhilfe, örtlicher Einsatzleiter im Katastrophenfall (5%)	-Fallzahlensteigerung: Einsätze: 2017: 817, 2018: 996, 2019: 1.119, 2020: 1.182, 2021: 1.380 -> durch Anstieg Einsätze: Anstieg des Tätigkeitsumfangs in der Vor- und Nachbereitung (Nachbestellung Verbrauchsmaterial, Medikamente, Abrechnung) -sonstige Gründe: -Position als Fachbereichsleiter Rettungs- und Sanitätsdienst kann nicht mehr von einem Mitarbeiter im Schichtdienst gestellt werden-> Keine Planstelle für diese Aufgabe vorhanden -steigende Anforderungen aus gesetzlichen Grundlagen inkl. Dokumentationspflichten führen zu höheren Arbeitsbelastung -Steigerung Zeit- und Organisationsaufwand für Abrechnung RTW-Einsätze (ZAST), Nachbestellung Verbrauchsmaterial -Planung, Kontrolle und Überwachung von rechtlichen Vorgaben aus dem Medizinprodukte Gesetz -Planung, Kontrolle und Durchführung: gesetzliche vorgeschriebenen sicherheitsrelevanten Prüfungen; der Lagerlogistik von Gerät und Material im Bereich Rettungs- und Sanitätsdienst -Beauftragter für Medizinproduktesicherheit nach Medizinprodukte Betreiber Verordnung; Aufgaben erledigen und erreichbar sein -Verantwortlicher für Planung, Durchführung und Kontrolle der Aus- und Fortbildung der Notfallsanitäter, Rettungsassistenten und Rettungsassistenten -> Bedarf von einer 1,0 VZA wurde nachgewiesen	-Beeinträchtigung der Einsatzfähigkeit des Rettungswagens der Berufsfeuerwehr -Verslechterung der Qualität der rettungsdienstlichen Behandlungen und damit Anstieg der gesundheitlichen Schäden der Patienten -Gefährdung des Einsatzes der Einsatzkräfte von Berufs- und Freiwilliger Feuerwehr -Gefährdung der Sicherheit der im Einsatzdienst befindlichen Kräfte von Berufs- und Freiwilliger Feuerwehr -Gefährdung Sicherheit der BürgerInnen -gesetzlich bestimmte Aufgaben werden nicht erfüllt -Verzögerung/Nichterfüllung der Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben nach Apothekengesetz und Belästigungsmittelgesetz -Verzögerung bei gesetzlich vorgeschriebenen sicherheitsrelevanten Prüfungen -Überstundenaufbau durch zusätzliche Aufgaben, die durch vorhandene andere Planstellen dennoch erfüllt werden	Kategorie I: pflichtige Aufgabe, den Rettungsdienst sicherzustellen gemäß Art. 4 Absatz 1 Satz 1, 2 Bayerisches Rettungsdienstgesetz; plausibel begründet, sofortige Stellenschaffung nachvollziehbar	Sicherheit und Ordnung
129	I	III	Amt für Brand- und Katastrophenschutz	Sachgebiet 37/1 Einsatzvorbereitung Funktion SB Fahrzeug- und Gerätebeschaffung Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) A 9 Wertigkeit (Orga) Stelle muss noch bewertet werden Kosten (Antrag) in € 66750 Kosten (Orga) in € 66750 in PKH enthalten (€) 74123 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	-Einsatzleiter der Feuerwehr bis hin zum Einsatz eines Löschgruppenfahrzeuges und von Sonderfahrzeugen der Berufsfeuerwehr und einer Freiwilliger Feuerwehr (25%) -Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten für Berufs- und Freiwillige Feuerwehr, Katastrophenschutz (75%)	-sonstige Gründe: -im Bereich Fahrzeug- und Gerätebeschaffung: aktuell zwei Personen dafür zuständig (Planstelle des Fachbereichsleiters und eine zBv Stelle als Sachbearbeiter) -Abarbeiten des Aufgabenspektrums alleine durch den Fachbereichsleiter nicht möglich -Anstieg der Aufgaben aufgrund der stetigen Erweiterung des Geräte- und Fuhrparks der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr sowie des Katastrophenschutzes -feuertechisches und -taktisches Wissen für Bereich Beschaffung von Geräten und Fahrzeugen für Feuerwehr und Katastrophenschutz erforderlich -> Bedarf von einer 1,0 VZA wurde nachgewiesen	-Gefährdung der gesetzlichen Pflichtaufgabe der Stadt Ingolstadt aus dem Bayerischen Feuerwehrgesetz -benötigte Einsatzgeräte und Einsatzfahrzeuge für Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr: nicht beschafft und nicht in Dienst gestellt werden -deutliche Beeinträchtigung der Einsatzbereitschaft der Berufsfeuerwehr und Freiwilligen Feuerwehr -Anstieg Sicherheitsrisiko für Mitarbeiter durch Fehlen geeigneter oder veralteter Einsatzgerätschaften -Gefährdung der Sicherheit der BürgerInnen -Aufgaben werden nicht erfüllt -noch stärkerer Überstundenaufbau durch zusätzliche Aufgaben	Kategorie I: pflichtige Aufgabe, Fahrzeuge und Geräte zu beschaffen gemäß § 1 Nr. 2 Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Feuerwehrgesetzes i.V.m. Art. 1 Abs. 2 Satz 1 Bayerisches Feuerwehrgesetz; plausibel begründet, sofortige Stellenschaffung nachvollziehbar	Sicherheit und Ordnung
31	II	IV	Referatsverwaltung	Sachgebiet IV/1 - Museumsverwaltung Funktion Museumsaufsichten Umfang (Antrag) 7 Umfang (Orga) 7 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) EG 4 Wertigkeit (Orga) EG 4 Kosten (Antrag) in € 360500 Kosten (Orga) in € 360500 in PKH enthalten (€) 142620 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	-Beaufsichtigung der Räumlichkeiten, Ausstellungstücke und Besucher -Auf- und Absperren des Museums -Bedienen der elektronischen Kasse -Elektronische bzw. manuelle Erfassung verschiedener Statistiken -Ertelung von Auskünften -Kontrolle und Sauberhalten der Räumlichkeiten -Mithilfe bei Veranstaltungen -Flyerauslage und Plakataushang -Mithilfe beim Pflegen des Außenbereichs -Kontrolle von Raumtemperatur -Mithilfe beim Aufbau von Sonderausstellungen -Botengänge	- Organisationsuntersuchung durch IMAKA im Jahr 2018: Auf dieser Basis empfiehlt IMAKA - unter Zugrundelegung der KGS-Nettoarbeitszeit - die Deckung des gemittelten Stellenbedarfs von 18,0 VZÄ anhand von festgestellten Museumsaufsichten (Vollzeit- und Teilzeit). Zu den 10,0 vorhandenen VZÄ wurde im letzten Stellenlauf 4,5 VZÄ für vorhandenes und unbefristet beschäftigtes Personal geschaffen, womit aktuell 14,5 VZÄ zur Verfügung stehen. Mit dem unten errechneten Mehrbedarf fehlen aktuell immer noch 7,0 VZÄ. - Eröffnung der Dauerausstellung des Deutschen Medizinhistorischen Museums (Ende Oktober 2020): - errechneter Mehrbedarf: +1,79 VZÄ - Eröffnung Fleißerhaus (4. Oktober 2020): - errechneter Mehrbedarf: +1,74 VZÄ	-Eine Kompensation durch eine Security-Firma wurde geprüft und ist nicht mehr möglich, weil das "fremde" Personal elementare Aufgaben wie das Bedienen der Einbruchmeldeanlagen oder der EDV-Kassen nicht übernehmen kann. Das Aufrechterhalten des Dienstbetriebes ist damit gefährdet. Auch wird das Einhalten der Arbeitsschutzmaßnahmen deutlich erschwert, z. B. sind die Mittagspausen der Mitarbeiter/innen außerhalb des Museums nicht mehr möglich, wenn nur externes Personal der Security-Firma vor Ort ist.	- Kategorie II: Bedarf durch Organisationsuntersuchung nachgewiesen; sofortige Stellenschaffung ist nachvollziehbar.	Kultur und Bildung
34	I	IV	Schulverwaltungsamt	Sachgebiet 40/3 - Ganztagsbetreuung an Schulen Funktion Küchenkräfte Umfang (Antrag) 3 Umfang (Orga) 3 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) EG 3 Wertigkeit (Orga) EG 3 Kosten (Antrag) in € 141900 Kosten (Orga) in € 141900 in PKH enthalten (€) 127710 Einnahmen lt. Antrag (-) Art der Einnahme (-)	-Küchentätigkeiten in der Mittagsbetreuung (100%)	- sonstige Gründe: - Schaffung von Planstellen, da Einstellungen bedarfsgerecht erfolgen	- Sollte aufgrund fehlender Planstellen die Weiterbeschäftigung der Küchenkräfte nicht möglich sein, kann die Verpflegung der Kinder in der Ganztagsbetreuung nicht gewährleistet werden.	- Kategorie I: Da Einstellungen in der Mittagsbetreuung bedarfsgerecht erfolgen, müssen nun Planstellen geschaffen werden.	Kinder und Jugend

lfd. Nr.	Kategorie	Ref.	Dienststelle	Zusammenfassung	Aufgaben lt. Arbeitsplatzbeschreibung	Antragsbegründung	Folgen bei Ablehnung des Antrags	Kategorisierungsgrund / Begründung für abweichende Empfehlungen der Orga (KW, Umfang)	Bereiche	
35	I	IV	Schulverwaltungsamt	Sachgebiet Funktion Mittagsbetreuungskräfte Umfang (Antrag) Umfang (Orga) gesperrter Anteil (VZA) KW-Vermerk (Antrag) KW-Vermerk (Orga) Wertigkeit (Antrag) S 4 Wertigkeit (Orga) S 4 Kosten (Antrag) in € 138000 Kosten (Orga) in € 138000 in PKH enthalten (€) 111504 Einnahmen lt. Antrag (-) Art der Einnahme (-)	40/3 - Ganztagsbetreuung an Schulen Mittagsbetreuungskräfte 2,5 2,5 (-) (-) (-) (-) S 4 S 4 138000 138000 111504 (-) (-)	- Mittagsbetreuung (100%)	- sonstige Gründe: - Bereitstellung der erforderlichen Anzahl an Betreuungspersonal je Gruppe zur Sicherstellung der Förderfähigkeit je Gruppe und zur Erhöhung der Betreuungsgüte - Schaffung von Plätzen, da Einstellungen bedarfsgerecht erfolgen	- Sollten die Betreuungskräfte aufgrund fehlender Planstellen nicht weiterbeschäftigt werden können, kann die bedarfsgerechte Betreuung von Grundschulkindern während der Schul- und Ferienzeiten nicht sichergestellt werden - der Qualitätsstandard kann nicht kontinuierlich optimiert werden - Fördermittel können verloren gehen	- Kategorie I: Da Einstellungen in der Mittagsbetreuung bedarfsgerecht erfolgen, müssen nun Plätzen geschaffen werden.	Kinder und Jugend
50a	I	IV	Amt für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung	Sachgebiet Funktion Umfang (Antrag) Umfang (Orga) gesperrter Anteil (VZA) KW-Vermerk (Antrag) KW-Vermerk (Orga) Wertigkeit (Antrag) EG 9a Wertigkeit (Orga) noch offen Kosten (Antrag) in € 33375 Kosten (Orga) in € 33375 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag (-) Art der Einnahme (-)	54/1 Finanzen und Betrieb Sachbearbeiter*in 0,5 0,5 (-) (-) (-) EG 9a noch offen 33375 33375 (-) (-) (-)	Sachbearbeitung im Bereich der Eingliederungshilfe für Kinder mit Behinderungen in städtische Kitas (30%) für aktuell 45 Kinder in 25 städtischen Kitas; Zahlungsfreigabe von Rechnungen im Bereich Gesamtbetriebe / BayKiBiG-Förderung (10%) für ca. 500 Vorgänge; Vereinnahmung von Fördergeldern nach dem BayKiBiG, Zahlbarmachung der kommunalen Förderung an Freie Träger und Gaskind-Gemeinden (20%) für ca. 150 Kitas; Sachbearbeitung Gesamtbetrieb (40%) d.h. Schlüsselverwaltung Städtischer Kitas, Auftragsabwicklung und Bestellungen	Von der beantragten Stelle sollen Aufgaben übernommen werden, die im Sachgebiet neu hinzugekommen sind oder deren Umfang in letzter Zeit stark gewachsen ist bzw. weiterhin wachsen wird, sodass diese Tätigkeiten nicht mehr vom Bestandspersonal übernommen werden können. Das Sachgebiet Finanzen und Betriebe begleitet umfangreiche Neubau-, Umbau- oder Sanierungsmaßnahmen in städtischen Kitas, Krippen sowie in Horten bzw. im Kooperativen Ganztag . Derzeit wird bereits für 8-10 Bestandshäuser ein längerfristiger Sanierungsbedarf festgestellt. Der Bedarf an Sanierungsmaßnahmen wird auch in den nächsten Jahren steigen. Zudem stehen im Sachgebiet umfangreiche Ausschreibungsverfahren (z.B. die Neu-Vergabe der Mittagsverpflegung) an. Ein Mehrbedarf ergibt sich auch bei der Sachbearbeitung im Bereich der Eingliederungshilfe für Kinder mit Behinderung in Städtischen Kitas. Die Bearbeitung erfolgt aktuell für ca. 45 Kinder in 25 Städtischen Einrichtungen. Im Jahr 2019 waren es noch 19 Kinder. Zugleich hat der Bezirk Oberbayern die Abrechnung der Hilfe von 1 x im Jahr auf eine monatlich Abrechnung umgestellt, d.h. dass nunmehr 45 x 12 = 540 Abrechnungen im Jahr erfolgen müssen. Der gestiegene Zeitbedarf kann innerhalb des Sachgebiets nicht mehr abgedeckt werden. Weitere neue / im Umfang gestiegene Aufgaben, die im SG zu erledigen sind: „Bearbeitung des Beitragsersatz“ für alle Kitas + Tagespflege, Abrechnung aller Assistenzkräfte in den Cluster, Bearbeitung und Abrechnung des Leitungs- und Verwaltungsbonus , die Abrechnung von neuenzusätzlichen Förderprogrammen , wie: Hygiene-Richtlinie (staatliche Förderung für Kitas; kommunale und freie Träger), Luftreinigungsgeräte (staatliche Förderung für Kitas; kommunale und freie Träger), Organisation und Durchführung von PCR-Pool-Tests in Kitas (Vergabe, Rechnungsprüfung, Mentoring, Förderantrag, Verwendungsnachweis...), Bewilligung einer „Willkommensprämie“ für neue MA in Kitas freier Träger (wird ab Mitte 2022 voraussichtlich durch eine Arbeitsmarktzulage - siehe BV 155/22 ersetzt)	Der Bereich „Gesamtbetrieb, Förderung + Finanzen“ im Sachgebiet 54-1 arbeitet bereits an der Grenze zur Überlastung; bedingt durch den weiteren Kita-Ausbau und gleichzeitig durch nicht angelegene Sanierung von Häusern mit längerer Laufzeit (aktuell wird für etwa 8-10 Häuser ein Sanierungsbedarf festgestellt) wächst die Aufgabenfülle in den nächsten Jahren zunehmend an. Gleiches gilt für den Bereich der BayKiBiG-Förderung, wo allein in den letzten 3 Förderjahren zwei neue Förderungen eingeführt wurden. Sollte die beantragte Stelle nicht geschaffen/besetzt werden, würde sich das indirekt auf die rechtzeitige und vollumfängliche Beantragung der Fördergelder, aber auch auf den Zustand der Kitas und erforderliche Ersatzbeschaffungen auswirken.	Kategorie I da Pflichtaufgabe und Bedarf anhand von Fallzahlen und mittleren Bearbeitungszeiten rechnerisch nachgewiesen.	Kinder und Jugend
51	I	IV	Amt für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung	Sachgebiet Funktion Digitalisierung Umfang (Antrag) Umfang (Orga) gesperrter Anteil (VZA) KW-Vermerk (Antrag) KW-Vermerk (Orga) Wertigkeit (Antrag) S 17 Wertigkeit (Orga) S 15 o. S 17 Kosten (Antrag) in € 78900 Kosten (Orga) in € 78900 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	54/0 Sachaufsicht Freie Träger Bedarfsplanung nachschulische Betreuung, Beratung usw. und Digitalisierung (20%) Digitalisierung 1 1 (-) (-) (-) S 17 S 15 o. S 17 78900 78900 (-) 0 (-)	Bedarfsplanung nachschulische Betreuung (80%) Beratung usw. und Digitalisierung (20%)	Rechtsanspruch auf einen nachschulischen Betreuungsplatz für Grundschul*innen ab 2026 (vgl. BayKiBiG, §§ 45-48 SGB VIII, 24, 25 SGB VIII) Der Stadtrat hat der sukzessiven Einführung des Kooperativen Ganztags an den Grundschulen in Ingolstadt mit dem Grundratsbeschluss zur Einführung des Kooperativen Ganztags (V 223/20) zugestimmt. Dieser Rechtsanspruch ist im SGB VIII verankert und muss der BayKiBiG-Vorgabe (Fachkraftangebot, Anstellungsschlüssel, Summenraumprogramm etc.) Rechnung tragen. Die bisherigen Angebote der Mittagsbetreuung müssen daher sukzessive auf diesen Qualitätsstandard gebracht werden. Die nachschulische Betreuung erfolgt derzeit noch über unterschiedlichste Systeme wie Mittagsbetreuung und Hort. Diese müssen rechtzeitig zur Einführung des Rechtsanspruchs in rechtskonformer Einklang gebracht werden. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben hierbei im Rahmen ihrer Planungsverantwortung den Bestand an Einrichtungen festzustellen, den Bedarf für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln, die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen...). Der Anspruch beginnend mit den ersten Klassen, muss sukzessive erweitert werden. In Ingolstadt muss mit einem Bedarf für bis zu 5.900 Grundschul*innen (14 Grundschulen, Privatschulen, Förderschulen) gerechnet werden. Die derzeitige Betreuungsform der (verlängerten) Mittagsbetreuung entspricht nicht den räumlichen, personellen, zeitlichen und pädagogischen Anforderungen nach dem BayKiBiG. Es muss in allen Stadtbezirken am Schulstandort oder in der näheren Umgebung rechtsanspruchserfüllende Angebote geschaffen werden und bereits vorhandene Angebote (Hortplätze an Kindertageseinrichtungen) müssen bezüglich Umbaus, Anbaus und Erweiterung geprüft werden.	Zunahme der Elternbeschwerden, Klagen, fehlende Beratung für Träger, Vorantreiben des Ausbaus der KoGa und rechtskonformer Betreuungsangebote im nachschulischen Bereich können nicht ausreichend erfüllt werden. Gesetzlicher Auftrag und Stadtratsbeschluss können nicht umgesetzt werden.	Kategorie I da Pflichtaufgabe und beantragte Planstelle erforderlich, um den rechtzeitigen Ausbau der KoGa-Standorte für 2026 sicherzustellen	Kinder und Jugend
53	I	IV	Amt für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung	Sachgebiet Funktion Sachaufsicht- und beratung für (Groß-)Tagespflege und Kindertageseinrichtungen, Kita-Platzkoordinationsstelle, Beschwerdemanageramt Umfang (Antrag) Umfang (Orga) gesperrter Anteil (VZA) KW-Vermerk (Antrag) KW-Vermerk (Orga) Wertigkeit (Antrag) S 15 Wertigkeit (Orga) S 15 Kosten (Antrag) in € 73250 Kosten (Orga) in € 73250 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	54/0 Sachaufsicht Freie Träger Fachaufsicht- und beratung für (Groß-)Tagespflege und Kindertageseinrichtungen, Kita-Platzkoordinationsstelle, Beschwerdemanageramt 4 0,5 0,5 (-) (-) 31.12.2025 S 15 S 15 73250 73250 (-) 0 (-)	Fachaufsicht und -beratung für Kindertageseinrichtungen freier und sonstiger Träger, Mobile Familie und Platzkoordination (75%) weitere Aufgaben im Zusammenhang mit Kindertageseinrichtungen (25%)	Geburten 2019: 1.549, Geburten 2020: 1.576, Geburten 2021: 1.608 Tätigkeit / Fallzahlen 2019 / Fallzahlen 2021 / (Steigerung in %): Kinder u3, Bedarf / 1.270 / 1.500 (+18%), Integrationskinder / 129 / 183 (+41%), Einrichtungen / 116 / 129 (+11%), Neue Plätze / +750 seit 2019, Großtagespflegestellen / 10 / 13 (+30%), Betriebsurlaub / 40 / 64 (+60%), Beratung von Trägern / 300 / 1.500 inkl. Corona, Beschwerden / 60 / 190 (333%), Beratung von Eltern / 100 / 900 (+900%), Begehung von Einrichtungen / 0 / 16, Berufsanerkennungen / 39 / 75 (+92%) Aufgaben die zusätzlich noch umgesetzt werden sollen: Bauleitfaden + rechtliche Klärung, Erstellung neuer Betriebsurlaubis für alle Einrichtungen, rechtl. Klärung Die Träger und das pädagogische Personal benötigen dringend mehr Beratungsleistungen um die Vorgaben aus dem BayKiBiG und dem BEP umfassend erfüllen zu können. Fachliche Beratung wird von den Trägern und dem päd. Personal den Eltern zunehmend eingefordert. Zeitaufwand für die Beratung ist wegen komplexeren Zusammenhängen, erweiterter Vorschriften, Beschwerde- und Klageverfahren der Eltern, mehr Kindern mit besonderen Bedarf sowie mehr Eltern mit Migrationshintergrund und Sprachbarrieren gestiegen. Aufgrund fehlender Kapazitäten kann dies jedoch nicht umgesetzt werden. Auch die Zahl der Beschwerden von Eltern nimmt dadurch stark zu.	Zunahme der Elternbeschwerden, Klagen, Überprüfung der Qualitätsstandards und Begehungen zur Sicherheit können nicht umgesetzt werden (gesetzliche Verpflichtung), fehlende Beratung für Träger, Kita-Personal, Vorantreiben des Kita-Baus kann nicht ausreichend erfüllt werden. Die Qualitätssicherung ist Aufgabe der Kommune. In diesem Zusammenhang stehen auch die Sicherung des Kindeswohls und die Überprüfung der Standards. Diese Aufgaben können nicht mehr im erforderlichen Maß erfüllt werden.	Kategorie I da Pflichtaufgabe und Antrag anhand der Fallzahlen plausibel und begründet; da davon ausgegangen werden muss, dass die stark gestiegenen Fallzahlen (Beratung freier Träger, Beratung von Eltern, Beschwerden) jedoch auch mit Corona zusammenhängen, wird ein KW-Vermerk 31.12.2025 vorgeschlagen . Bis dahin soll eine Neuprüfung des Bedarfs erfolgen.	Kinder und Jugend
54	I	IV	Amt für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung	Sachgebiet Funktion Umfang (Antrag) Umfang (Orga) gesperrter Anteil (VZA) KW-Vermerk (Antrag) KW-Vermerk (Orga) Wertigkeit (Antrag) S 8a, S 03, S 13, EG 3 Wertigkeit (Orga) S 8a, S 03, S 13, EG 3 Kosten (Antrag) in € 225725 Kosten (Orga) in € 225725 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 171742 Art der Einnahme pädagogisches Personal: Gebühreneinnahmen (26.677 je VZA); Fördereinnahmen (13.150,00 je VZA) = 99567 Euro Küche: ca. 49.175 € Fördereinnahmen und 23.000 Euro Elternbeiträge = 72175 Euro	54/2 Städtische Kindertageseinrichtungen Personal Kooperativer Ganztag 4 (-) (-) (-) S 8a, S 03, S 13, EG 3 S 8a, S 03, S 13, EG 3 225725 225725 (-) 171742 pädagogisches Personal: Gebühreneinnahmen (26.677 je VZA); Fördereinnahmen (13.150,00 je VZA) = 99567 Euro Küche: ca. 49.175 € Fördereinnahmen und 23.000 Euro Elternbeiträge = 72175 Euro	zusätzliches pädagogische Personal (Erzieher*in, Kinderpfleger*in) zur Betreuung der Kinder für den voraussichtlich ab 09/23 in Betrieb gehenden Kooperativen Ganztag an der Christoph-Kolumbus Schule . Zuberleitung von Speisen (Küchenkräfte) sowie Leitung des Kooperativen Ganztags an der Christoph-Kolumbus Schule	Im Zuge des sukzessiven Ausbaus der Kooperativen Ganztagsbildung in Ingolstadt (siehe auch BV 223/20), geht im September 2023 der Kooperative Ganztag an der Christoph-Kolumbus Schule an den Start. Hierfür werden neben dem bisher in Mittagsbetreuung der Christoph-Kolumbus Schule eingesetzten Personal, weitere Mitarbeiter*innen (0,5 VZA Erzieher*in, 1,0 VZA Kinderpfleger*in, 1,5 VZA Küchenkräfte, 1,0 VZA Leitung) erforderlich.	Widerspruch zum Stadtratsbeschluss, Qualitätseinbußen und Gefährdung der Etablierung der Kooperativen Ganztagsbildung an der Christoph-Kolumbus Schule in Ingolstadt. Unmut bei den Eltern. Probleme bei der Sicherstellung des Rechtsanspruchs ab 2026.	Kategorie I da Stellen für den 09/23 an den Start gehenden Kooperativen Ganztag an der Christoph-Kolumbus Schule erforderlich sind	Kinder und Jugend

lfd. Nr.	Kategorie	Ref.	Dienststelle	Zusammenfassung	Aufgaben lt. Arbeitsplatzbeschreibung	Antragsbegründung	Folgen bei Ablehnung des Antrags	Kategorisierungsgrund / Begründung für abweichende Empfehlungen der Orga (KW, Umfang)	Bereiche
56	I	IV	Amt für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung	Sachgebiet 54/2 Städtische Kindertageseinrichtungen Funktion: Küchenkraft als Springer*in Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) EG 3 Wertigkeit (Orga) EG 3 Kosten (Antrag) in € 47300 Kosten (Orga) in € 47300 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Vorbereitung und Zubereitung von Tiefkühlkost, Essensausgabe, Zubereitung von Frischkost, Getränke herrichten, Geschir, Reinigungsarbeiten, Einkaufsliste führen, Reinigung von Geräten, Mithilfe bei Festen, Wäsche waschen in Funktion als Küchen- Springer*in	Im Stadtrat wurden 2018 erstmals Küchenstellen für die städtischen Einrichtungen (Kittas, Krippen, Horte) geschaffen. Darunter waren auch Stellen für Kita-Springer*innen. Aufgrund diverser Erweiterungen und/oder Neueröffnungen wurden bedarfsgerecht weitere Küchenstellen geschaffen, ohne dabei jedoch auch den Bedarf an Springer- Stellen anpassen.	Unmut bei den Erzieher*innen, Kinderpfleger*innen und bei den Eltern, Verschlechterung der pädagogischen Arbeit in der Einrichtung; Verpflegung der Kinder kann nicht sichergestellt werden	Kategorie I, da Bedarf rechnerisch nachvollziehbar.	Kinder und Jugend
57	I	IV	Amt für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung	Sachgebiet 54/2 Städtische Kindertageseinrichtungen Funktion: SB Kooperative Ganztagsbetreuung Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) S 15 Wertigkeit (Orga) S 15 Kosten (Antrag) in € 36625 Kosten (Orga) in € 36625 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Qualitätsmanagement (35%), d.h. Konzeptionelle, planerische Tätigkeiten für die Kooperative Ganztagsbildung als neues Modell für alle Ingegliederte Grundschulstandorte; Aufbau, Implementierung und Betreuung der Kooperativen Ganztagsbildung, Personalwirtschaft, Personalarquise, Mitarbeiterauswahl, Weiterqualifizierung, Personalentwicklung und -planung, Personalkommunikation. Vor Eröffnung von drei Einrichtungen (Christoph-Kolumbus Schule, Irgeithem, Unsernhorn) ist vor Ort keine Führungskraft vorhanden. Daher liegt die komplette Steuerung im Sachgebiet 54/2 bzw. der beantragten Stelle. Veränderung rechtlicher Vorgaben: - Für die Vorbereitung des von der Bundesregierung 2021 beschlossenen Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für alle Grundschulkinder im SGB VIII ab 2026 (GafOG). - Der Rechtsanspruch sieht einen Betreuungsumfang von bis zu 8 Stunden täglich an fünf Werktagen und Ferienbetreuung vor (max. Schließtage = 30 Tage).	neue Aufgabe: - Konzeptionelle, planerische und operative Tätigkeiten für die Kooperative Ganztagsbildung als neues Modell für alle Ingegliederte Grundschulstandorte; Aufbau, Implementierung und Betreuung der Kooperativen Ganztagsbildung; Personalwirtschaft; Personalarquise, Mitarbeiterauswahl, Weiterqualifizierung, Personalentwicklung und -planung, Personalkommunikation. Vor Eröffnung von drei Einrichtungen (Christoph-Kolumbus Schule, Irgeithem, Unsernhorn) ist vor Ort keine Führungskraft vorhanden. Daher liegt die komplette Steuerung im Sachgebiet 54/2 bzw. der beantragten Stelle. Veränderung rechtlicher Vorgaben: - Für die Vorbereitung des von der Bundesregierung 2021 beschlossenen Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für alle Grundschulkinder im SGB VIII ab 2026 (GafOG). - Der Rechtsanspruch sieht einen Betreuungsumfang von bis zu 8 Stunden täglich an fünf Werktagen und Ferienbetreuung vor (max. Schließtage = 30 Tage).	Qualitätseinbußen und Gefährdung der Etablierung der Kooperativen Ganztagsbildung in Ingolstadt; Unmut der Eltern, Probleme bei der Sicherstellung des Rechtsanspruchs in 2026. begründet werden; Bedarf wurde zudem im Rahmen einer Personalbemessung für das SG 54/2 festgestellt	Kategorie I - Antrag konnte anhand von Fallzahlen und mittleren Bearbeitungszeiten begründet werden; Bedarf wurde zudem im Rahmen einer Personalbemessung für das SG 54/2 festgestellt	Kinder und Jugend
58	I	IV	Amt für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung	Sachgebiet 54/2 Städtische Kindertageseinrichtungen Funktion: Erzieher*innen Umfang (Antrag) 1,5 Umfang (Orga) 1,5 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) S 8a Wertigkeit (Orga) S 8a Kosten (Antrag) in € 91575 Kosten (Orga) in € 91575 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 59740,5 Art der Einnahme Förderereinnahmen (26.677 Euro je VZA (1,5 x 26.677 -40015,50 Euro) und Elternbeiträge 13.150 Euro je VZA (1,5 x 13.150 = 19.725 Euro)	(fach-)pädagogische Betreuung der Kinder (Erzieher*in)	Fallzahlensteigerung: Jahr / Zahl der Integrationskinder / Zahl der Migrationskinder / durchschnittliche Buchungszeiten): 05/13: 1 / 507 / 6,64 05/14: 1 / 543 / 6,74 05/15: 3 / 536 / 6,78 05/16: 2 / 530 / 6,87 05/17: 7 / 619 / 6,90 05/18: 8 / 668 / 6,98 05/19: 15 / 694 / 7,14 05/20: 23 / 652 / 7,15 05/21: 23 / 738 / 7,07 12/21: 38 / 894 / 6,77 Der Personalbedarf bei den Bestandseinrichtungen ist aufgrund höherer Buchungszeiten, erhöhten Gewichtungsfaktoren durch Kinder mit Migrations- oder Inklusionshintergrund deutlich angestiegen. Um Plätze, die laut Betriebserlaubnis vorgesehen sind, besetzen zu können, reichen die im Stellenplan vorgesehenen Planstellen nicht mehr aus. Derzeit sind ca. 2895 Betreuungsplätze in allen städtischen Einrichtungen (Kita, Krippe, Horte, KoGa) vorhanden.	Überschreitung des Anstellungsschlüssels, Förderschaden, Unmut bei den Eltern durch Nichtberücksichtigung des Betreuungsbedarfes	Kategorie I, Bedarf plausibel und begründet	Kinder und Jugend
59	I	IV	Amt für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung	Sachgebiet 54/2 Städtische Kindertageseinrichtungen Funktion: Kinderpfleger*innen Umfang (Antrag) 1,5 Umfang (Orga) 1,5 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) S 3 Wertigkeit (Orga) S 3 Kosten (Antrag) in € 79200 Kosten (Orga) in € 79200 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 59740,5 Art der Einnahme Förderereinnahmen (26.677 Euro je VZA (1,5 x 26.677 -40015,50 Euro) und Elternbeiträge 13.150 Euro je VZA (1,5 x 13.150 = 19.725 Euro)	pädagogische Betreuung der Kinder (Kinderpfleger*in)	Fallzahlensteigerung: Jahr / Zahl der Integrationskinder / Zahl der Migrationskinder / durchschnittliche Buchungszeiten): 05/13: 1 / 507 / 6,64 05/14: 1 / 543 / 6,74 05/15: 3 / 536 / 6,78 05/16: 2 / 530 / 6,87 05/17: 7 / 619 / 6,90 05/18: 8 / 668 / 6,98 05/19: 15 / 694 / 7,14 05/20: 23 / 652 / 7,15 05/21: 23 / 738 / 7,07 12/21: 38 / 894 / 6,77 Der Personalbedarf bei den Bestandseinrichtungen ist aufgrund höherer Buchungszeiten, erhöhten Gewichtungsfaktoren durch Kinder mit Migrations- oder Inklusionshintergrund deutlich angestiegen. Um Plätze, die laut Betriebserlaubnis vorgesehen sind, besetzen zu können, reichen die im Stellenplan vorgesehenen Planstellen nicht mehr aus. Derzeit sind ca. 2965 Betreuungsplätze in den städtischen Einrichtungen (Kita, Krippe, Horte, Kooperativer Ganztag) vorhanden	Überschreitung des Anstellungsschlüssels, Förderschaden, Unmut bei den Eltern durch Nichtberücksichtigung des Betreuungsbedarfes	Kategorie I, Bedarf plausibel und begründet	Kinder und Jugend
60	I	V	Gesundheitsamt	Sachgebiet 31/4 Verwaltung Funktion: Sachbearbeiter Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit (Antrag) EG 9b/A9 bzw. A10 Wertigkeit (Orga) EG 9b / A9 A10 Kosten (Antrag) in € 36325 Kosten (Orga) in € 36325 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 500000 Art der Einnahme Gebühreneinnahmen	Kassenwesen Veterinärwesen; Kalkulation Fleischhygienegebühren; Gebührenbescheide; Fleischhygienerecht; Sicherstellung der Beseitigung von tier. Nebenprodukten; Digitalisierung u. Implementierung KomXwork für Bereich Verwaltung Veterinärwesen; Vertretung rechtl. Vollzug Tierschutz und Tiergesundheitsrecht	Neuorganisation der Verwaltung für den Veterinärbereich nötig; Bündelung von Aufgaben an einer Stelle durch Zusammenlegung mit vorhandener halber Stelle und Entlastung anderer Mitarbeiter. Zusätzliche Aufgabenerführung durch die Einführung von bayernweit gültigen Qualitätsstandards in den vergangenen Jahren, der Etablierung verschiedener Spezialprogramme für die Bereiche des öffentl. Verbraucherschutzes und dingendes Erfordernis der Digitalisierung im Bereich Verwaltung Veterinärwesen. Die Zuständigkeit des Veterinäramts für die Überwachung der Fleischhygiene am öfftl. Schlachthof verursacht in der Verwaltung einen Arbeitsmehraufwand von ca. 30% einer Vollzeitstelle.	Komplexe und politisch brisante Aufgaben wie die Kalkulation der Fleischhygienegebühren können nicht in der erforderlichen Qualität erledigt werden bzw. andere Aufgaben müssen zwangsläufig vernachlässigt werden; Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen wie der Ingolstädter Gesundheitstag können nicht durchgeführt werden; Generell Überlastung des Personals und damit mangelhafte Erfüllung von Pflichtaufgaben.	KW 31.12.2024: gesetzliche Aufgaben, Entlastung nötig, teilweise Gegenfinanzierung vorhanden. Befristete Schaffung da Mehrbelastung evtl. temporär; Zukunft Schlachthof noch offen	Sicherheit und Ordnung
61	I	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/3 Sozialdienst/Betreuungen Funktion: Sachbearbeitung Betreuungsstelle Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) S12 Wertigkeit (Orga) S12 Kosten (Antrag) in € 71300 Kosten (Orga) in € 71300 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Gesetzliche Pflichtaufgabe § 1,2 BiG (Betreuungsgesetz) i.V. Art 1 AGBG (Zuständigkeit der Landreise und kreisfr. Städte) zur Vormundschaft und Pflegschaft von Volljährigen (Betreuungsbehörde); Unterstützung der Betreuungsgerichte und Beteiligung an Verfügungen, sowie Betreuungsvermeidung im Rahmen des unterstützenden ASD (Sozialen Aussendienstes); Aufklärung über Vollmachten und Betreuungsverfügungen, Beglaubigung von Unterschriften, Vollzug des Betreuungsbehördengesetz, Beratung und Unterstützung von Betreuern, Bevollmächtigten, Führung von Betreuer;	Veränderung der Qualitätsstandards: durch das neue BiOG (Betreuungs-Organisations-Gesetz, gültig ab 01.01.2023), erfolgt eine deutliche Erweiterung der Aufgaben der Betreuungsbehörden. Für die Umsetzung der erweiterten Aufgaben wird eine 1,0 Stelle zusätzlich benötigt.	Rüge durch Betreuungsgericht w/Nichtumsetzung von Aufgaben	Kategorie I gesetzliche Pflichtaufgabe	Soziales, Pflege und Senioren

lfd. Nr.	Kategorie	Ref.	Dienststelle	Zusammenfassung	Aufgaben lt. Arbeitsplatzbeschreibung	Antragsbegründung	Folgen bei Ablehnung des Antrags	Kategorisierung Grund / Begründung für abweichende Empfehlungen der Orga (KW, Umfang)	Bereiche
62	I	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/2 Senioren- und Behindertenangelegenheiten, Wohnungswesen, allgemeine soziale Leistungen Funktion SB EDV und Digitalisierung Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) All/EG11 Wertigkeit (Orga) All/EG10 (vorläufig) Kosten (Antrag) in € 75700 Kosten (Orga) in € 75700 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Umsetzung der gesetzlichen und fachlichen Anforderungen aus dem OZG (Online Zugangs Gesetz (30%); EDV-Admin und Systemverwaltung Vertretungsfunktion (15%); Einführung und Betreuung der e-Akte (20%); Betreuung der Terminsoftware TEVIS (10%); Bereitstellung der Digitalisierungs-Hardware und Unterstützung des TUI-Ansprechpartners (15%); Betreuung des Intranet/Internet-Auftritts von Amt 50 (10%).	1. Veränderung rechtlicher Vorgaben: Ausbau der Digitalisierung (Umsetzung OZG, OnlineZugangsGesetz) Digitalisierungsaufgaben: Einführung des Online-Wohngeldantrags und Pflege, Erweiterung um eine Schnittstelle zum Fachverfahren; Ausbau, Pflege des Internet-Auftritts 2. Sonstige Gründe: Betreuung einer Vielzahl der vorhandenen Fachprogramme (Programme ProSoz, Abuko, Wohngeld, VDR, OKFIS, e-Akte, etc.); Aufgaben in der EDV/System-Admin können nicht mehr durch vorhandenes Personal (0,65 VZA) erfüllt werden.	Verschlechterung der digitalen Leistungen der Stadt; keine Umsetzung der OZG Digitalisierungsthemen mit Erweiterung der Schnittstelle und Anbindung an Fachsoftware; erhöhter Zeitaufwand für die Nutzer, da online-Angebote nicht mit Fachprogrammen verbunden, führt zu Doppelerfassungen (mehr Aufwand im Sachbearbeiterbereich);	Kategorie I zusätzlicher Bedarf für 1,0 VZA plausibel begründet	Digitalisierung und IT
64	I	V	Amt für Soziales	Sachgebiet 50/5 Asylbewerberangelegenheiten Funktion Sachbearbeiter/in Asylbewerberleistungsgesetz Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZA) (-) Umfang (Antrag) 31.12.2026 KW-Vermerk (Orga) 31.12.2024 Wertigkeit (Antrag) EG9a/A8 Wertigkeit (Orga) EG9a/A8 Kosten (Antrag) in € 33375 Kosten (Orga) in € 33375 in PKH enthalten (€) 54163 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Sachbearbeiter/in nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (DVAsyl); Prüfung und Entscheidung über die Leistungsgewährung sowie Auskünfte und Beratung in Fragen der Leistungen (gem. AsylBLG, SGB XII); Prüfung und Entscheiden über Anträge auf Krankenhilfe Bearbeitung der Leistungsfälle im Leistungsfachprogramm PROSOZ.	1. Fallzahlensteigerung: Entwicklung der aktuellen Asylzahlen (Fachprogramm ProSoz, enthält lfd. Bearbeitungsfälle Asyl); im Durchschnitt 2021 ca. 1140 Fälle (Fallzahlenschlüssel 175), ergibt einen dauerhaften Bedarf von 6,5 VZA; aktuelles IST: 6,0 VZA; ferner wird in 2022 und 2023 nicht mit einem Rückgang der Asylzahlen gerechnet (eher mit einem Anstieg zu rechnen, aufgrund einer Mitteilung aus dem StMinOBB) 2. Sonstige Gründe: Laufzeit der Mietverträge und der Unterbringung von Asylbewerbern in Ingolstadt noch mindestens bis Mitte 2026 mit der ROB (ein nur 1-jährig verlängerter KW-Vermerk ist lt. Amt nicht zielführend)	Fallzahlen ergeben einen Personalbedarf von 6,5 VZA (aktuell vorhanden 6,0 VZA); Überforderung und Überlastung der vorhandenen Mitarbeiter/innen; Gefahr der Abwanderung	Kategorie I Stellenschaffung nachvollziehbar 0,5 VZA (analog KW-Stellen im SB Bereich Asyl) KW-Vermerk 31.12.2024	Asyl
65	I	V	Amt für Jugend und Familie	Sachgebiet 51/4 Frühe Hilfen, JaS, Jugendhilfen im Strafrechtsverfahren, TuSch und Vormundschaften Funktion SB Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) S12 Wertigkeit (Orga) S12 Kosten (Antrag) in € 35650 Kosten (Orga) in € 35650 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften: Pflege und Erziehung der Mündel übernehmen und fördern, Vertretung in rechtlichen Belangen, Vertretung in Verfahren; Tätigkeiten sind rechenschaftspflichtig gegenüber dem Amtsgericht.	1. Fallzahlensteigerung: Fallzahlenentwicklung gem. Personalbedarfsplanung (PeB 02/2022) 2. Veränderung rechtlicher Vorgaben: Gesetz zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 04.05.2021 tritt in Kraft per 01.01.2023 (umfassende Reform des Kindschaffs-, Vormundschafts-, Pflegschafts- und Betreuungsrecht)	Der hohen Verantwortung für die Mündel kann man nicht mehr gerecht werden; keine Einhaltung der fachlichen Standards mehr möglich; Permanente Überforderung der Fachkräfte	Kategorie I Stellenschaffung nachvollziehbar	Kinder und Jugend
66	I	VI	Amt für Gebäudemanagement	Sachgebiet 64/1 Infrastrukturelles Gebäudemanagement Funktion Sachbearbeitung Gebäudereinigung Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) EG 9b Wertigkeit (Orga) EG 9b Kosten (Antrag) in € 36325 Kosten (Orga) in € 36325 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	- Organisation und Abwicklung der Unterhaltsreinigung städtischer Gebäude	Die Sachbearbeiter Gebäudereinigung sind derzeit zuständig für die Betreuung von 152 Liegenschaften (=290 Gebäude) mit einer Gesamtreinigungsfläche von rund 410.000 m2 -> Die Anzahl wird sich unter Berücksichtigung der geplanten bzw. bereits im Bau befindlichen Objekte bis 2023 auf 168 Liegenschaften mit einer Gesamtreinigungsfläche von 450.000 m2 erhöhen - Gutachten lt. KGS: 1 VZA für 150.000 m2 Reinigungsfläche (inklusive zentrale Planung, Steuerung und Kontrolle der Gebäudereinigung + Zusatzaufgaben) - aktuell betreuen 2,5 VZA die Reinigung der Gebäude der Stadt Ingolstadt, was für die Gesamtreinigungsfläche von 450.000 m2 nicht mehr ausreichend ist -> Bedarf von einer 0,5 VZA wurde nachgewiesen	Eine Neuvergabe der Reinigungsleistungen soll spätestens alle 4 Jahre erfolgen. Diese Vorgaben können aktuell aufgrund der sonstigen Aufgabenumfanges und des Flächenzuwachses nicht erfüllt werden. Ohne die Aufstockung wird der Ausschreibungsrückstand nicht aufgearbeitet werden können und die vergaberechtlichen Fristen können nicht eingehalten werden. Beschwerden über die Reinigungsqualität kann adäquat nicht nachgegangen werden und Rechnungen nicht fristgerecht geprüft und bezahlt werden. Aufgrund der Aufgabefülle konzentrieren sich die Kollegen derzeit auf die Prüfung und Bezahlung der Rechnungen. Dem Aufholen entsprechender Rückstände kann nicht nachgekommen werden.	Kategorie I Der Bedarf einer 0,5 VZA wurde aufgrund der Flächenmessung nachgewiesen. Es handelt sich hier um eine Pflichtaufgabe, da die Stadt Ingolstadt als Reinigungsleistungen verpflichtend.	Infrastruktur und Bauen
68	I	VI	Amt für Gebäudemanagement	Sachgebiet 64/2 Technischer Gebäudebetrieb Funktion Schulhausmeister Springer Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) EG 5 Wertigkeit (Orga) EG 5 Kosten (Antrag) in € 23750 Kosten (Orga) in € 23750 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	- regelmäßige Prüfung der Sicherheit und Funktionsfähigkeit der technischen Anlagen, Sanitäranlagen, Beleuchtung, Türen und Fenster, Möbel, Sport- und Spielgeräte - Überwachung der Gebäude - Reinigungs- und Pflegedienst - Bauunterhalt - Verwaltungstätigkeiten (v.a. Einträge IMS) - Unterstützung der Schulleitung durch Hilfeleistungen für den Schulbetrieb	Die Clusterleitungen werden aktuell zu 1/3 in die Hausmeisterbemessung miteingerechnet, um kurze Ausfallzeiten und Aufgabenspitzen der Schulhausmeister/innen zu kompensieren. Seit Einführung der Clusterleitungen (stufenweise im Jahr 2021, Gesamtbetrieb mit 6 Clusterleitungen ab 01.01.2022) hat sich herausgestellt, dass unerwartet viele Reparaturaufträge des kleinen Bauunterhalts in die Zuständigkeit der Clusterleiter fallen (Fallzahlensteigerung). Außerdem sind noch einige Wünsche der Schulleiter zu bearbeiten, die über das sog. Schulbudget Beschaffungen in Schönheitsreparaturen in Auftrag gegeben werden. Die Clusterleitungen können zukünftig nur noch mit 1/6 in der Hausmeisterbemessung berücksichtigt werden, weshalb im Springerbereich ein Bedarf für eine weitere halbe Schulhausmeisterstelle besteht. Zudem ergibt sich durch verschiedene Bauvorhaben der Stadt ein erheblich zu betreuender Flächenzuwachs (z.B. Kita Blumenviertel, Naturkindergarten, Technikerschule).	Das Amt kann seinen gesetzlich vorgeschriebenen Verpflichtungen zum Schul- und Gebäudebetrieb nicht nachkommen. Die Schul- und KITA-Lösungen würden sich beschleunigen, da die hausmeisterliche Betreuung nicht gewährleistet werden kann.	Kategorie I Der Bedarf einer 0,5 VZA wurde aufgrund der Flächenmessung nachgewiesen. Es handelt sich hier um eine Pflichtaufgabe, da die Stadt Ingolstadt als Schulschauwandträger verpflichtet ist, für den Schulbetrieb Hausmeister zur Verfügung zu stellen.	Infrastruktur und Bauen
69	I	VI	Amt für Gebäudemanagement	Sachgebiet 64/2 Technischer Gebäudebetrieb Funktion Sachbearbeiter: Wartung und Prüfung Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) EG 9b Wertigkeit (Orga) EG 9a Kosten (Antrag) in € 72650 Kosten (Orga) in € 65750 in PKH enthalten (€) 77092 Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	- Organisation der vorgeschriebenen Prüfungen sowie der Inspektionen und Wartungen - Implementierung der Bestandsdaten in die CAFM-Software	Im Zuge der Organisationsänderung ist der Aufgabenbereich Wartung und Prüfung vom HBA in das AfG verlegt worden. Alle wartungsrelevanten und prüfpflichtigen technischen Anlagen an Schulen, Kitas und Verwaltungsgebäuden werden erfasst und im CAFM-System importiert. Auf dieser Grundlage ist eine Anlagendichte von ca. 34 qm BGF pro Anlage zu rechnen -> Hochrechnung: ca. 20.000 technische Anlagen und ca. 4.600 Wartungsfälle pro Jahr KGS: 482 Wartungsfälle pro Jahr = 1 VZA AfG: 850 Wartungsfälle pro Jahr = 1 VZA -> Bedarf von einer 1,0 VZA wurde nachgewiesen.	Verpflichtende Inspektionen und Prüfungen an sicherheitsrelevanten technischen Anlagen können nicht durchgeführt werden. Dies gefährdet die Sicherheit der Gebäude. Außerdem könnte der Stadt im Falle eines Schadensereignisses ein Verschulden zur Last gelegt werden.	Kategorie I Der Bedarf einer 1,0 VZA wurde nachgewiesen. Es handelt sich hier um eine Pflichtaufgabe, da die Stadt Ingolstadt als Eigentümer verschiedener Grundstücke Vorkehrungen zu treffen hat, um Gefahrenquellen zu beseitigen oder zu minimieren. Hieraus leitet sich konkret auch die Betreiberpflicht ab (= regelmäßige Kontrolle, Wartung und Prüfung von technischen Anlagen).	Infrastruktur und Bauen

lfd. Nr.	Kategorie	Ref.	Dienststelle	Zusammenfassung	Aufgaben lt. Arbeitsplatzbeschreibung	Antragsbegründung	Folgen bei Ablehnung des Antrags	Kategorisierung Grund / Begründung für abweichende Empfehlungen der Orga (KW, Umfang)	Bereiche
72	I	VI	Amt für Gebäudemanagement	Sachgebiet 64/1 Infrastrukturelles Gebäudemanagement Funktion Haushaltsfachbearbeiter Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) 31.12.2023 Wertigkeit (Antrag) EG 9c Wertigkeit (Orga) EG 6 Kosten (Antrag) in € 36325 Kosten (Orga) in € 27350 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	- Anordnung von Zahlungsfreigaben auf Basis der Dienstanzweisung Finanz- und Kassenwesen vom 01.01.2022 - Prüfung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit auf offensichtliche Fehler und Bestätigung vorhandener Haushaltsmittel - Prüfung von erforderlichen Nachträgen/Auftragsweiterungen in IMS und OK.FIS - Prüfung, ob Auftrag vorliegt	Neue Aufgabe: Anordnung der Zahlungsfreigabe des Fachamtes auf neu erstelltem Zahlungsfreigabebblatt als Grundlage für die zentrale Buchhaltung Haushaltsjahr 2021: 13.578 Anordnungen (AOD 64) + 2.051 Anordnungen (AOD 6410) Tendenz steigend, da zwischenzeitlich der komplette Aufgabenbereich Wartung und Prüfung vom HBA ins AFG verlagert wurde, inkl. geplante Aufgabenverschiebung vom SVA ins AFG ab 2022 -> Bedarf von einer 0,5 VZÄ wurde nachgewiesen.	Nichterfüllung vorgeschriebener Arbeitsschritte - Missachtung einer Arbeitsanweisung	KW-Vermerk bis 31.12.2023: Ein E-Rechnungsworkflow soll die Tätigkeit in diesem Bereich wesentlich erleichtern. Da dieser im Rahmen der Organisationsuntersuchung im Amt 22 noch einmal näher beleuchtet werden soll, soll die Tätigkeit im nächsten Jahr noch einmal beleuchtet werden (aktueller Stand Organisationsuntersuchung)	Sonstiges
73	I	VI	Hochbauamt	Sachgebiet 65/5 Elektrotechnik Funktion Techn. Sachbearbeiter/-in Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) EG 9b Wertigkeit (Orga) EG 9a Kosten (Antrag) in € 12650 Kosten (Orga) in € 66750 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	- Allgemeiner Ansprechpartner für Nutzer, Fachämter, sämtlicher am Bau beteiligter Planer, Behörden und Baufirmen im Bereich Elektrotechnik	Auf Grundlage der Vergleichsarbeiten KGSt 2016 wird grundsätzlich ein nicht unerheblicher Personalbedarf für den Bauunterhalt gesehen. Aufgrund sämtlicher am Bau beteiligter Planer, Behörden und Baufirmen im Bereich Elektrotechnik + ständiger Zuwachs und Verschärfung bestehender Vorgaben (inklusive einer strengeren rechtlichen Auslegung) + Bearbeitung des Instandhaltungsstatus	Risiko des Organisationsverschuldens, Verlust von erfahrenen Mitarbeiter (-Wissensverlust), unzufriedene Nutzer	Kategorie I: Der Bedarf einer 1,0 VZÄ wurde nachgewiesen. Beim Bauunterhalt handelt es sich nach Art. 3 BayBO um eine gesetzliche Pflichtaufgabe.	Infrastruktur und Bauen
74	I	VI	Hochbauamt	Sachgebiet 65/1 Zentrale Verwaltung Funktion Haushaltsfachbearbeiter Umfang (Antrag) 0,5 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) 31.12.2023 Wertigkeit (Antrag) EG 9c Wertigkeit (Orga) EG 6 Kosten (Antrag) in € 36325 Kosten (Orga) in € 27350 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	- Anordnung von Zahlungsfreigaben auf Basis der Dienstanzweisung Finanz- und Kassenwesen vom 01.01.2022 - Prüfung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit auf offensichtliche Fehler und Bestätigung vorhandener Haushaltsmittel - Prüfung von erforderlichen Nachträgen/Auftragsweiterungen in IMS und OK.FIS - Prüfung, ob Auftrag vorliegt	Neue Aufgabe: Anordnung der Zahlungsfreigabe des Fachamtes auf neu erstelltem Zahlungsfreigabebblatt als Grundlage für die zentrale Buchhaltung Haushaltsjahr 2021: 7.545 Anordnungen (AOD 65) mBz: 5 Minuten Tendenz steigend, da zwischenzeitlich Stellenzuwachs erfolgte, zusätzlich dazu kommen könnte eine Aufgabenverschiebung aus dem SVA in 2022 (Ersatzbeschaffungen technischer Geräte an städtischen Schulen) -> Bedarf von einer 0,5 VZÄ wurde nachgewiesen.	Nichterfüllung vorgeschriebener Arbeitsschritte - Missachtung einer Arbeitsanweisung	KW-Vermerk bis 31.12.2023: Ein E-Rechnungsworkflow soll die Tätigkeit in diesem Bereich wesentlich erleichtern. Da dieser im Rahmen der Organisationsuntersuchung im Amt 22 noch einmal näher beleuchtet werden soll, soll die Tätigkeit im nächsten Jahr noch einmal beleuchtet werden (aktueller Stand Organisationsuntersuchung)	Sonstiges
78	I	VII	Stadtplanungsamt	Sachgebiet 61/5 - Altstadtgestaltung und Innenstadtentwicklung Funktion technischer Sachbearbeiter/-in Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) A12 Wertigkeit (Orga) A12 Kosten (Antrag) in € 83300 Kosten (Orga) in € 83300 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 924976 Art der Einnahme Fördereinnahmen	Erstellung/Mitwirkung rahmensetzende städtebauliche Pläne und Konzepte für die Innenstadt, Projektbetreuung von Planungen, Bau- und Gestaltungsmaßnahmen im Altstadtbereich, Betreuung von Projekten im Rahmen der Städtebauförderung, Beratung von Investoren, Antragstellern und Planern sowie Abstimmung mit Fachämtern, Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligungen, Mitarbeit bei Wettbewerbs- und anderen Sonderplanungsverfahren	neue Aufgabe: Städtebauliche und gestalterische Betreuung der vermehrten Planung und Einzelprojekten im Innenstadtbereich sowohl im Hochbau als auch im öffentlichen Raum. Die Entwicklung der Innenstadt ist eine Daueraufgabe mit steigendem Koordinationsaufwand. Stadtratsbeschlüsse: neue Sanierungsgebiete (Satzung Sanierungsgebiet U, Erweiterung Sanierungsgebiet R) in Planung: Sanierungsgebiet V -> Erzielungsbeschluss März 2021, Satzung Herbst 2021, Verlängerung Sanierungsgebiet P -> Beschluss vom 11.02.2021, mittelfristig ist mit einer Erweiterung zu rechnen. Veränderung rechtlicher Vorgaben: Durch Änderung der Bayerischen Bauordnung zum 01.02.2021 muss zeitnahe Bearbeitung von Bauanträgen sichergestellt werden (3 Monate). sonstige Gründe: die Innenstadt befindet sich in einer Umbruchphase. Der Bedarf an städtebaulichen, funktionalen und gestalterischen Konzepten und Maßnahmen ist unter Einbeziehung der Öffentlichkeit daher besonders hoch. Falzzahlen: steigend seit 2011; mit neuen Sanierungsgebietsausweisungen ist auch in Zukunft mit weiter steigenden Projektvorhaben zu rechnen.	Angemessene, quantitative und qualitative Betreuung von Innenstadtprojekten ist nicht sichergestellt. Ohne Schaffung der Stelle droht Überlastung des Personalbestandes mit erhöhter Gefahr von Ausfällen. Eine deutlich eingeschränkte Begleitung und Betreuung von Vorhaben hat negative Folgen für die Innenstadtentwicklung, das Stadtbild, die Bürgernähe und die Öffentlichkeitsbeteiligung.	Kategorie I: Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe. Ebenfalls wurde der Stadtratsbeschluss zum "Runden Tisch" in 2021 gefasst Sofortige Stellenschaffung nachvollziehbar	Infrastruktur und Bauen
82	I	VII	Gartenamt	Sachgebiet 67/2 - Neubau Funktion Baingenieur/-in Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) EG10 Wertigkeit (Orga) EG10 Kosten (Antrag) in € 75700 Kosten (Orga) in € 75700 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Erstellung von Projektgenehmigung, Bereich AVA (Ausschreibung, Vergabe, Abrechnung), Führen und Fortschreiben verschiedener Statistiken, Verantwortlicher im Bereich Gala-Bau, Einteilung des Personalinsatzes im Bereich von Neubauprojekten, Erstellung der Haushalts- und Budgetplanung, Bearbeitung von Bürgeranfragen	Falzzahlensteigerung: Aufwand BZA-Anfragen gestiegen (nur Eigenleistung) Verrechnung 2019 ans Hauptamt: 44752 EUR Verrechnung 2020 ans Hauptamt: 77988 EUR Verrechnung 2021 ans Hauptamt: 163621 EUR Die weiteren Projekte sind konstant bzw. ebenfalls steigend. (z. B. Fördergelder 4 Millionen für Anpassung urbane Räume an den Klimawandel; Rieter-Gelände, Weinzierl-Gelände in Vorbereitung)	Nicht-Erledigung der Aufgaben. Fördermittel können nicht beantragt werden, fallen ggf. weg oder müssen zurückgezahlt werden.	Kategorie I: sonstige Verpflichtung aus Beschlüssen Sofortige Stellenschaffung nachvollziehbar	Infrastruktur und Bauen
83	I	VII	Gartenamt	Sachgebiet 67/3 - Unterhalt Funktion Baumkontrolleur/-in Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 1 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) EG7 Wertigkeit (Orga) EG7 Kosten (Antrag) in € 54700 Kosten (Orga) in € 54700 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	Fachlich fundierte und anforderungsgerechte Baumkontrolle, Abstimmung und Festlegung von Maßnahmen für den Baumschutz und hinsichtlich der Verkehrssicherheitspflicht, Begleitung der festgelegten Maßnahmen, Pflege, Aktualisierung und Ergänzung des neuen digitalen Baumkatasters, Informationen und Beratung der Bürger in Bezug auf den kommunalen Baumbestand	Durch Zuwachs und intensivere Nutzung der Grünflächen, Klimawandel und dem Auftreten neuer Schadereger besteht kurz- und mittelfristig ein höherer Kontrollaufwand von Bäumen. Je nach Zustand des Baumes, Standort, Schädigung und Altersphase kann diese Zeit stark differenzieren. Im Jahr 2021 wurde für diese Aufgabe eine 1,0 Planstelle geschaffen. Jedoch kristallisierte sich zwischenzeitlich heraus, dass sich sowohl der zu pflegende Baumbestand erhöhen wird, als auch die mittlere Bearbeitungszeit pro Kontrolle.	Keine Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht, Risiko von straf- und zivilrechtlichen Folgen.	Kategorie I: Baumkontrolle ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe Sofortige Stellenschaffung nachvollziehbar	Sicherheit und Ordnung
86	I	VIII	Büro der Referatsleitung	Sachgebiet Büro der Referatsleitung Funktion Referatsbeamter/-in Umfang (Antrag) 1 Umfang (Orga) 0,5 gesperrter Anteil (VZA) (-) KW-Vermerk (Antrag) (-) KW-Vermerk (Orga) (-) Wertigkeit (Antrag) EG 11 Wertigkeit (Orga) EG 11 Kosten (Antrag) in € 83300 Kosten (Orga) in € 41650 in PKH enthalten (€) (-) Einnahmen lt. Antrag 0 Art der Einnahme (-)	- Personal und Organisation - Haushaltsplanung- und Controlling - weitere Verwaltungstätigkeiten	- Während Strukturbildung des Wirtschaftsreferats wurde deutlich, dass ohne Referatsbeamten nicht richtig gearbeitet werden kann -> Gründe: kapazitive Auslastung der Stabsstellen durch eigene Aufgaben (Erarbeitung von Strategien für die wirtschaftliche Entwicklung des Standorts, Anlaufstelle für die Anliegen und Belange von Wirtschaftsunternehmen und Hochschulen, Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung, Beteiligung der Stadt an Förderprogrammen im Bereich Wissenschaft, Innovation und Technologie; Pflege von Netzwerken im Bereich Wirtschaft und Wissenschaft) fehlende gehobene Verwaltungsausbildung Um interne und externe Anfragen von Beginn an zielgerichtet bearbeiten zu können bzw. Fristen zu wahren, empfiehlt sich eine Schaffung einer Stelle mit ausschließlich diesen Tätigkeiten und entsprechenden Verwaltungskenntnissen. -> Bedarf von einer 0,5 VZÄ wurde nachgewiesen	Die Termineinhaltung und Fristwahrung kann bei Personal- und Haushaltsthemen nicht mehr sichergestellt werden. Eine fristgerechte Erreichung von Sitzungsvorgängen kann nicht sichergestellt werden. Auch die Rollen IT-Beauftragter, Gesundheitsbeauftragter/ können langfristig nicht mehr abgedeckt werden.	Abweichender Umfang: Durch eine interne Umschichtung ist nur eine halbe Stelle erforderlich.	Sonstiges

Ist. Nr.	Kategorie	Ref.	Dienststelle	Zusammenfassung	Aufgaben lt. Arbeitsplatzbeschreibung	Antragsbegründung	Folgen bei Ablehnung des Antrags	Kategorisierungsgrund / Begründung für abweichende Empfehlungen der Orga (KW, Umfang)	Bereich
				Umfang (Antrag) 45 Umfang (Orga) 44,5 Kosten (Antrag) in € 2919775 Kosten (Orga) in € 2848375					